



Die 2,29-Euro-Tagesration Lebensmittel für Jugendliche enthält Spaghetti, Brot, Schmelzkäse, Fruchtsaft und Joghurt.

MARTIN OESER

Mittagessen für arme Schüler

Stadt finanziert übergangsweise Hilfe / Fresspaket-Aktion der Linken provoziert

Von Pamela Dörhöfer

Ein Thema greifbar zu machen, ist ein beliebtes Mittel, Bewusstsein für eine Sache zu schaffen. Die Fraktion Die Linke hat am Montag im Hanauer Parlament Fresspakete verteilt. Der Inhalt: je eine Packung Spaghetti, Brot und Schmelzkäse, ein fruchtsafthaltiges Getränk und ein Joghurt, Discounterprodukte im Wert von 2,29 Euro. Das entspricht dem Geld, das einem 14-Jährigen laut Hartz IV pro Tag für Essen und Trinken zur Verfügung steht.

Sozialfonds gefordert

Das sei viel zu wenig, „um ein Schulkind vernünftig und ausreichend zu ernähren“, finden die Linken und beantragten deshalb, die Stadt solle einen Fonds einrichten, mit dem das Essen an Hanauer Schulen subventioniert wird. Denn viele Kinder und Jugendliche könnten sich Mensa-Mahlzeiten zu Preisen zwischen 2,50 und

4 Euro nicht leisten. Finanziert werden soll der Sozialfonds nach Vorstellungen der Linken mit dem Geld aus der so genannten Spitzabrechnung, die den Kommunen regelmäßig Geld vom Land aus unerwarteten steuerlichen Mehreinnahmen beschert.

Mit dem Antrag und ihrer Aktion stießen die Linken auf geteilte Resonanz. Zwar zeigten sich die Stadtverordneten betroffen, als die Situation von Kindern armer Familien geschildert wurde. Mit dem Fresspaket (nicht angenommene gingen an die Hanauer und Gelnhäuser Tafel) taten sich die meisten jedoch schwer. Einige waren peinlich berührt, Stadtverordnetenvorsteher Jürgen Scheuermann (CDU) bat darum, die transparenten Tüten vom Tisch verschwinden zu lassen – wohl auch in Erwartung der Delegation von Frauen aus der japanischen Partnerstadt Tottori, die das Parlament nach der Pause besuchten. Vom Parlament beschlossen wur-

de letztlich nicht der Antrag der Linken, sondern eine abgeänderte Version, die von den regierenden Fraktionen von SPD, FDP, Grünen und Bürgern für Hanau (BfH) vorgeschlagen wurde: Demnach soll nicht die Stadt, sondern das Land einen Sozialfonds für das Mittagessen in Ganztageschulen einrichten. Der Hanauer Magistrat soll sich für ein solches Modell, das in Rheinland-Pfalz bereits existiert, einsetzen.

LEBEN VON HARTZ-IV

1650 Hanauer Schüler unter 19 Jahren leben in Hartz-IV-Familien. Im Main-Kinzig-Kreis sind es rund 7800.

Mensen gibt es am Schulzentrum Hessen-Homburg und an der Hohen Landesschule. Auch andere Schulen bieten mittags bereits Mahlzeiten an.

Ein Essen dort kostet im Durchschnitt drei Euro. Kindern von Hartz-IV-Empfängern werden am Tag 2,29 Euro für Nahrung zugestanden.

tiert, einsetzen. Bis zur Umsetzung soll die Stadt mit dem Main-Kinzig-Kreispreis eine noch nicht näher definierte Übergangslösung schaffen. Sie soll Kindern aus einkommensschwachen Familien die Teilnahme am Mittagessen in Schulen ermöglichen. Dort soll überdies auf gesunde Ernährung mit hochwertigen Produkten geachtet werden.

Armut und Schule waren noch ein weiteres Mal Thema im Parlament: Die Fraktionen des regierenden Bündnisses forderten, dass die Hanauer Grundschulen ab dem kommenden Schuljahr Mittel aus der Hanauer Wohlfahrts- und Erziehungsstiftung erhalten und mit diesem Geld Kindern aus einkommensschwachen Familien Schulmaterialien kaufen. Die Linken hätten diese Unterstützung gerne auf alle Schulformen ausgeweitet, scheiterten aber mit diesem Wunsch. Beschlossen wurde erwartungsgemäß der Antrag von SPD, FDP, Grünen und BfH.